



09.12.2024

Ersetzungsantrag der SPD-Stadtfraktion zum Thema Standortsuche für eine Gemeinschaftsunterkunft

Der Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2024 wird wie folgt ersetzt:

Keine Geflüchteten in Turnhallen

Die Beteiligungen der Ortsbeiräte im Verfahren um die Suche einer zweiten Gemeinschaftsunterkunft hat gezeigt, dass keiner der von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte für dieses Vorhaben geeignet ist. Die Aufgabe der Unterbringung von Geflüchteten ist eine bundesgesetzliche Aufgabe der Landeshauptstadt Schwerin, der sie nachkommen muss, auch wenn die Stadtvertretung keinen geeigneten Standort für eine zweite Gemeinschaftsunterkunft beschließt.

Der Oberbürgermeister wird deshalb darum gebeten, erneut zu prüfen, wo Geflüchtete so untergebracht werden können, dass

1. keine sozialen Verwerfungen in den an den Blick genommenen Standorten entstehen,
2. den Standort so zu organisieren, dass die dort vorhandenen Strukturen nicht überfordert werden,
3. am Standort dafür Sorge zu tragen, dass eine Ansiedlung unterstützende Maßnahmen und Investitionen prioritär behandelt werden,
4. die Bürgerinnen und Bürger nach einer Standortentscheidung von Anfang an mit einzubinden, um zu erklären, wie die Ansiedlung unter der Berücksichtigung der Punkte 1 - 3 dieses Antrages funktionieren kann,
5. vor Inbetriebnahme einer Gemeinschaftsunterkunft einen Tag der offenen Tür zu veranstalten, damit die Bürgerinnen und Bürger einen transparenten Einblick in die Lebensumstände der Bewohnerinnen und Bewohner erhalten.

Begründung:

Bei der Standortsuche für eine Gemeinschaftsunterkunft geht es immer auch um den sozialen Frieden in unserer Stadt. Diejenigen, die nun suggerieren, dass wir keine Gemeinschaftsunterkunft brauchen, sorgen dafür, dass wir am Ende Geflüchtete in Turnhallen unterbringen müssen. Das ist nicht gut für die Sportstadt Schwerin, für die Schülerinnen und Schüler dieser Stadt und auch nicht für die Geflüchteten selbst.

Die Sitzungen der Ortsbeiräte haben ergeben, dass die von der Verwaltung in den Blick genommenen Grundstücke ungeeignet sind. Deshalb wird der Oberbürgermeister aufgefordert, sich dem Thema mit der notwendigen Sensibilität weiter zu widmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mandy Pfeifer und Fraktion

gez. Heiko Steinmüller, MdStV